

Der Neue Tag
27.10.1919

167

Ein Ultimatum der Volkswehr

Angedrohte Besetzung aller militärischen Objekte.

Der am Samstag veröffentlichte Erlaß des Landesbefehlshaberamtes, der die sofortige Verringerung der Volkswehrcorps Wiens um ein Viertel ihres bisherigen Standes (auf 10.436 Mann) verfügte und nur den bis zum 31. d. M. ausscheidenden Volkswehrmännern ein Kündigungsgeld zuerkennt, hat in Kreisen der Volkswehr große Erregung hervorgerufen. Obwohl in der Verfügung gesagt ist, daß sie im Einvernehmen mit dem Volkzugsausschuß der Soldatenräte erfolgt ist, ist unter den Volkswehrcorpsmannschaften eine außerordentlich heftige Gegenbewegung zu spüren. Die Führung dieser Agitation haben die kommunistischen Elemente in der Volkswehr übernommen und diese wenden sich in heftiger Weise gegen die Sozialdemokratie, der auch die Majorität der Soldatenräte angehört; die Majorität der Soldatenräte angehört; das vom „Revolutionären Soldatenkomitee“, einer kommunistischen Führergruppe, herausgegebene Wochenblatt „Der rote Soldat“ fordert in einer gestern in den Kasernen und auf der Straße verteilten Extraausgabe zum Widerstand gegen die Verfügung auf, die als ein „Schlag“ bezeichnet wird, „den unsere halbsozialistische Koalitionsregierung im Auftrage der Bourgeoisie gegen das klassenbewußte Proletariat führt“.

Der politische Gegensatz wäre jedoch in Anbetracht der verschwindenden Minderheit des kommunistischen Elements unter den Mannschaften der sechs Volkswehrcorps Wiens vollständig belanglos, wenn nicht jeder von den 15.000 jetzt den Bataillonen angehörenden Männern fürchten müßte, daß er zu den unverzüglich zu Entlassenden gehören könnte. Diese wirtschaftliche

Gefahr in Gemeinschaft mit der bestehenden Arbeitslosigkeit hat viele politisch vollständig uninteressierte oder gemäßigte Leute diesmal der kommunistischen Agitation geneigt gemacht.

Für heute 6 Uhr abends ist in die Dreherstraße auf der Landstraße eine Soldatenversammlung einberufen, für die von kommunistischer Seite eine große Agitation entfaltet wird. Wie verlautet, beabsichtigt das Revolutionäre Soldatenkomitee, das als Einberufer dieses Meetings fungiert, den Antrag zu stellen, dem Staatsamte für Heerwesen ein achtundvierzigstündiges Ultimatum auf Zurücknahme der Abbaumaßnahmen zu stellen.

Sollte diese befristete Forderung nicht angenommen werden, soll gegen den Abbau Widerstand geübt werden, und zwar besteht eine starke Strömung, durch Besetzung sämtlicher militärischer Objekte Wiens und vor allem des Heeresstaatsamtes die partielle Demobilisierung der Volkswehr zu verhindern.

Jedenfalls wird die Entscheidung über den Abbau der Volkswehr sofort fallen müssen, da in dem Erlaß des Landesbefehlshaberamtes ausdrücklich erklärt worden ist, daß jenen Bataillonen, die am 31. d. M. den vorgeschriebenen verminderten Stand nicht erreicht haben, die Gebühren für eine etwaige Standesüberschreitung nicht mehr ausbezahlt werden und die frei werdenden Waffen an die Kreiswaffendepots abzuliefern sind.